

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 22

Artikel: Der Abschieds- und Gründungskongress
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093715>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz in einem schon historischen Rückblick auf die ungarischen Kommunisten

Der Abschieds- und Gründungskongress

Am 23. Oktober, dem Gedenktag des Aufstandes von 1956, ist die Ungarische Republik ausgerufen worden. Sie hat sich eine theoretisch revidierte und praktisch neue Verfassung als demokratischer Rechtsstaat gegeben, mit Gewaltentrennung und Mehrparteiensystem; eine Staatsideologie gibt es nicht mehr. Freie Parlamentswahlen werden nächstes Jahr die neue Ordnung verwirklichen.

Dem gewaltigen Ereignis vorausgegangen war die Abdankung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) als kommunistische Staatspartei und ihre Umwandlung in eine demokratische Ungarische Sozialistische Partei (USP), genötigt und gewillt, sich in Zukunft gleichberechtigt mit andern Parteien dem freien politischen Wettbewerb zu stellen.

Prof. Revesz hat in der letzten Nummer gezeigt, wieso es unter dem gesellschaftlichen Druck des Landes dazu kommen musste. Heute schildert er den entscheidenden Parteikongress, der selber dafür gesorgt hat, dass seine Beschlüsse erstmals nicht mehr massgeblich waren. Tatsächlich ist es das Parlament, das aus eigenem Ermessen den neuen ungarischen Staat geschaffen hat. So ist der Parteikongress als historisches Ereignis zu würdigen, als historisches Ereignis einer bereits überwundenen Vergangenheit.

Am 6. Oktober begann der 14. Parteikongress der ungarischen Kommunisten und ging am 10. Oktober als erster Kongress einer sozialistischen Partei ohne Sonderstellung zu Ende. Einberufen worden war er unter dem Motto «Demokratie, Rechtsstaat, Sozialismus», und abberufen wurde der Sozialismus, jedenfalls im bisherigen Verständnis.

Die Parteimitglieder hatten 1270 Delegierte gewählt, und 1256 von ihnen (darunter 103 Frauen) erschienen zum Kongress. Die Parteifunktionäre stellten 83,1 % der Delegierten; früher hätte das Linientreue garantiert, aber nunmehr gab es ein Sortiment an Linien.

Fraktionen

In wechselnden Zusammensetzungen und Beständen traten auf dem Kongress verschiedene anerkannte Gruppierungen auf, die sogenannten Plattformen. Die Kriterien waren uneinheitlich. Die einen wollten die

Interessen der Jugend oder der Landwirtschaft vertreten usw., die andern unterschieden sich in ihrer Ideologie und ihrer politischen Zielsetzung. Aber bald kristallisierten sich die Hauptfraktionen der Gegner und der Befürworter einer grundlegenden Änderung.

Die «volksdemokratische Plattform», ursprünglich mit 68 Angehörigen angetreten, wurde schon zwei Tage später mit 290 Anhängern zum Sammelbecken der bewahrenen Kräfte, von den Stalinisten bis zu den Reformkommunisten früherer Lesart. Ihr Gegenpol war das «Reformbündnis», das in der gleichen Zeit seine «Mitgliederzahl» von schon 464 auf 511 steigerte («Magyar Nemzet», 9. 10. 1989) und mit dieser Rückenstärkung zum Sturm auf die früheren Parteipositionen ansetzen konnte.

Die Weiche in Richtung auf Umwandlung stellte Parteipräsident Rezső Nyers schon in seiner Eröffnungsrede: Der Staatssozialismus und der ihn verursachende bürokratische Sozialismus müssten verschwinden, um durch einen demokratischen Sozialismus abgelöst zu werden. Dazu brauche es eine neue Partei, eine Volkspartei. Diese müsse sich von jenen Genossen trennen, welche weiterhin am Konzept einer Diktatur des Proletariats festhielten. Hauptelemente des demokratischen Sozialismus würden das Nebeneinander von Gemeinschaftseigentum und Privateigentum, eine gemischte Wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Selbstverwaltung und politischer Pluralismus («Magyar Hir-lap», 6. 10. 1989).

Staatsminister und Politbüromitglied Imre Pozsgay, Bahnbrecher der politischen Reformen innerhalb der Partei (und inzwischen Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten), betonte in seiner ersten Rede, das Parteiprogramm müsse sowohl dem parteigeführten Staat als auch dem Begriff der Staatspartei absagen. Die Selbsttäuschung der USAP habe lange genug gedauert. Die innere Parteireform hinke dem politisch-wirtschaftlichen Aufbruch im Land hinterher und sei überfällig.

Der Präsident des Demokratischen Ungarischen Jugendbundes DEMISZ (eine neue Konkurrenz zum parteigeführten Jugendverband KISZ), Imre Nagy (kein seltener Name in Ungarn), führte aus, die USAP habe das Vertrauen der Jugend verscherzt

und sei bei ihr abgeschrieben. Generalsekretär Karoly Grosz mahnte, die neue Partei dürfe (konservative) Andersdenkende nicht ausschliessen und müsse Kompromisslösungen suchen («Nepszabadsag», 7. 10. 1989).

Einer der ersten Kongressbeschlüsse galt der neuen Bezeichnung der Partei. Mit nicht weniger als 1202 von 1256 Stimmen wurde beschlossen, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) in die Ungarische Sozialistische Partei (USP) umzuwandeln («Nepszabadsag», 8. 10. 1989). Der neue Inhalt sollte dann freilich vielen Delegierten mehr Mühe machen als der neue Name.

Programmerklärung und Statut

Der Kongress wählte verschiedene Kommissionen, darunter die Kommission zur Ausarbeitung einer Programmerklärung (Vorsitz: Imre Pozsgay) und die Kommission zur Ausarbeitung von Statutenänderungen (Vorsitz: György Fejti). Die USP-Programmerklärung und das neue Parteistatut (beide veröffentlicht in «Nepszabadsag», 10. 10. 1989) sind denn auch die wichtigsten Dokumente des Kongresses.

Die *Programmerklärung* nennt als Parteiziel den demokratischen Sozialismus. Dazu seien Volksabstimmungen und Initiativrecht einzuführen. Der Text anerkennt das Privateigentum auch an Produktionsmitteln (das ist Kapitalismus laut marxistischer Definition; in der Sowjetunion wird nur das «persönliche Eigentum» anerkannt): «Das Privateigentum ist eine der unerlässlichen Bedingungen zur Entwicklung des Landes.» Der Übergang zur Demokratie (also gab es bisher keine) solle auf friedlichem Weg erfolgen.

Ungarns Mitgliedschaft im Warschauer Pakt wird nicht angefochten, aber interessant ist ein Folgesatz: «Aus der Mitgliedschaft ergibt sich kein Grund zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns.» Das nimmt auf die sowjetische Invasion von 1956 Bezug und darf als vorsorgliche Warnung an den grossen Bruder betrachtet werden, dem man – mindestens bis zum endgültigen Sieg der Perestrojka – immer noch misstraut.

Schliesslich bekundet die Programmerklärung ihr Interesse an Zusammenarbeit mit

In einer anschliessenden Pressekonferenz sagte Imre Pozsgay zur Programmklärung, sie stelle das Maximum an Kompromiss (mit den bisherigen Auffassungen) dar, das man verantworten könne.

Eine heftige Kommissionsdiskussion entfachte sich zum Traktandum des Parteivermögens. Diese Frage hatte die ungarische Öffentlichkeit sehr stark beschäftigt (siehe letzte Nummer). Dem Kongress wurde eine Alternative vorgelegt. Entweder verteile man das Vermögen nach den Parlamentswahlen je nach Stimmenzahl unter die Parteien, oder man beauftrage das Parteipräsidium mit der Bildung einer Fachkommission zur Ausarbeitung eines Lösungsantrags. Der Kongress verzichtete auf eine Entscheidung, was ihm später neue heftige Kritik der Opposition und der Öffentlichkeit eintrug.

Ein weiteres umstrittenes Thema waren die bewaffneten Parteieinheiten in den Betrieben, die sogenannten Arbeiterwachen. Auch hier konnte sich der Kongress nicht zu einer Entscheidung durchringen. Inzwischen hat das Parlament eingegriffen. Die Arbeiterwachen werden in einen unbewaffneten Betriebsschutzdienst umgewandelt und der Obhut der Partei entzogen; desgleichen werden die Betriebsparteiorganisationen aufgelöst.

Die zwei unnötigen Blamagen hinderten nicht, dass der Kongress die entscheidende Hürde meisterte, die USAP auch inhaltlich in eine neue Partei umzuwandeln, wozu Programmklärung und Parteistatut die Beweise liefern. Die Reformer brachten mit ihrer anhaltenden Offensive eine immer grössere Mehrheit hinter sich; anfänglich waren die meisten Delegierten in den Hauptfragen noch unentschlossen gewesen. Vergeblich zu bremsen suchte noch Karoly

Grosz. Sein Amt als Generalsekretär wurde abgeschafft, und ins Parteipräsidium kam er nicht; das Schicksal eines Reformpolitikers, dem die Beschleunigung den Atem verschlug.

Das ugrofinnische System

Der Kongress beschloss die Wahl eines 25köpfigen Parteipräsidiums; 24 Mitglieder wurden gewählt, und ein Sitz bleibt dem Leiter der parlamentarischen USP-Gruppe reserviert. Die personelle Zusammensetzung der neuen Parteiführung erbrachte ansonsten keine Sensationen. Die meisten Präsidiumsmitglieder sind bewährte Parteikader, denen man bis vor kurzem nicht zugetraut hätte, sich die Zielsetzung der jetzigen USP aneignen zu können. Den Wandel hat zweifellos die rasante politische Entwicklung ausserhalb der Partei bewirkt. Und nächstes Jahr werden es schon die Wähler sein, welche entscheiden, was mit der USP weiter geschieht.

Auf ihre Galionsfigur wird die Partei möglicherweise schon bald verzichten müssen. Falls Imre Pozsgay diesen Herbst zum Staatspräsidenten gewählt wird, legt er seine Parteiämter nieder. Volksfront (gegen ihren eigenen früheren Präsidenten) und Demokratisches Forum stellen allerdings Gegenkandidaten auf, mindestens deshalb, um das demokratische Prinzip des politischen Wettbewerbs hochzuhalten; ansonsten hat Pozsgay seine Fans gerade in diesen beiden Organisationen.

Wie Pozsgay selbst die Zukunft sieht, sagte er nach Kongressabschluss in einem Interview: Ungarn solle sich für sein künftiges System an das Modell von Finnland halten («Magyar Hirlap», 11. 10. 1989). Kann die Opposition das überbieten wollen? ■

«kommunistischen, sozialdemokratischen und fortschrittlichen bürgerlichen Parteien Europas», also mit dem Westen.

Das neue *Parteistatut* enthält eine grosse Zahl von neuen Bestimmungen; wir können hier nur auf die wichtigsten hinweisen.

Alle Parteimitglieder haben gleiche Rechte. Sie dürfen einen Minderheitsstandpunkt öffentlich bekanntgeben und bei diesem bleiben. Das widerspricht dem kommunistischen Parteiprinzip des sogenannten «demokratischen Zentralismus», wonach eine Minderheit sich der Mehrheit unterwerfen und deren Standpunkt übernehmen muss.

Die Statutenbestimmungen sollen im allgemeinen aufgrund des Vereinsgesetzes und des (künftigen) Gesetzes über die politischen Parteien interpretiert und angewandt werden.

Im Rahmen der Partei dürfen verschiedene Parteigruppen gebildet werden; insbesondere gilt das für Parlamentsabgeordnete und Mitglieder sonstiger Räte. Ferner dürfen sich in den Grundorganisationen die Mitglieder mit gemeinsamen Interessen zu Gruppen zusammenschliessen.

Am 7. Oktober wurde eine «Stellungnahme zum Charakter der Partei» verabschiedet. Darin hiess es:

«Unsere Partei hat sich von einer Staatspartei in eine Massenpartei gewandelt, die von ihren Mitgliedern kontrolliert wird. Sie schliesst sich mit den demokratischen und fortschrittlichen Kräften in Ungarn zusammen, und sie betrachtet sich als Bestandteil der europäischen Linken.»

In ihrer Stellungnahme zeigte sich die neue Partei daran interessiert, die bisherigen USAP-Mitglieder zu übernehmen, wenn auch nicht unbesehen. Wer Programmklärung und Statut der USP unterschriftlich gutheisse, werde als Mitglied anerkannt. Auf der Grundlage der bestätigten Bestände seien bis zum 10. November neue USP-Grundorganisationen zu schaffen und deren Vorstände zu wählen («Nepszabadsag», 8. 10. 1989).

VILÁG PROLETÁRJAI, EGYESÜLJETEK!

● 24 oldal – Ára: 5,80 Ft

NÉPSZABADSÁG

1989. október 7., szombat A MAGYAR SZOCIALISTA MUNKÁSPÁRT KÖZPONTI LAPJA XLVII. évfolyam, 237. szám

NÉPSZABADSÁG

● 16 oldal – Ára: 4,80 Ft

1989. október 8., vasárnap SZOCIALISTA NAPILAP XLVII. évfolyam, 238. szám

Rasch reagierte die zentrale Parteizeitung «Nepszabadsag» auf den Namenswechsel der Partei und dessen Implikation. Am 7. Oktober erschien sie noch mit den Aufschriften «Proletarier aller Länder, vereinigt euch» und «Zentrale Zeitung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei». Am 8. Oktober entfiel der Aufruf an die Proletarier, und die «Nepszabadsag» nannte sich nur noch «Sozialistische Tageszeitung» ohne Hinweis auf die Partei.